

Lebendiges Land – die neue Lust aufs Grüne

Eine Ortsbestimmung der GRÜNEN im Landtag
von Baden-Württemberg



Dr. Bernd Murschel MdL
Agrarpolitischer Sprecher

Impressum

Bündnis 90/Die Grünen
im Landtag von Baden-Württemberg

Konrad-Adenauer-Straße 12
70173 Stuttgart
Tel. (07 11) 20 63 - 683
Fax (07 11) 20 63 - 660
E-Mail: post@gruene.landtag-bw.de

ViSdP: Rudi Hoogvliet
Stand: 08/2010

Inhalt

1. Leben auf dem Land – Stärken, Chancen, Defizite	04
2. Die Handlungsfelder.....	05
2.1 Tourismus, Landwirtschaft und Naturschutz – das magische Dreieck	05
2.2 Bildung – Kinder und Schule im Dorf lassen	07
2.3 Medizinische Versorgung und Pflege	08
2.4 Wirtschaft und Mittelstand – Netze und Cluster	10
2.5 Moderne Mobilität – mehr als das eigene Auto	12
2.6 Besondere Stärke – Tradition und Kultur für eine lebendige Zukunft	13
3. Fazit.....	15

1. Leben auf dem Land – Stärken, Chancen, Defizite

Der Ländliche Raum in Baden-Württemberg umfasst nach der Definition des Landesentwicklungsplans etwa 70 Prozent der Landesfläche. Rund ein Drittel der Bevölkerung Baden-Württembergs lebt und arbeitet in diesem Raum. Zwei Drittel der 1.102 Städte und Gemeinden werden dem Ländlichen Raum zugerechnet. Bezieht man die „Randzonen“ rund um die Ballungsräume mit ein, lebt die Hälfte und arbeiten über 40 Prozent der Menschen Baden-Württembergs in ländlich geprägten Gebieten.

Der Ländliche Raum hat somit gerade im Flächenstaat Baden-Württemberg eine große Bedeutung als Lebens- und Arbeitsraum. Darüber hinaus ist er für viele Menschen ein wichtiger Erholungsraum. Grund genug, sich verstärkt der Attraktivität des Ländlichen Raums zuzuwenden.

Die GRÜNEN setzen auf die Stärken und Chancen im Ländlichen Raum, denn dieser besitzt nicht weniger, sondern andere Qualitäten als unsere Ballungsräume.

Gerade die wohnortnahe Grundversorgung mit Lebensmitteln, Gütern des täglichen Bedarfs und Dienstleistungen wird häufig als defizitär im ländlichen Raum angesehen. Die Schließung des Lebensmittelladens oder der Abzug der Post hat für die Kommunen negative Folgen. Die Ortskerne werden zunehmend unattraktiver, der Supermarkt auf der grünen Wiese verstärkt diesen Trend. Übrig bleiben „Schlafgemeinden“ mit Pendlern, die ihre Arbeitsplätze in den angrenzenden Ballungsräumen haben.

Der Funktionsverlust vieler kleinerer Gemeinden in Baden-Württemberg ist ein Zusammenspiel vieler Faktoren. Es gibt aber gerade auf kommunaler Ebene viele gute Ansätze, um dieser Entwicklung entgegenzusteuern.

Die Landespolitik muss dies unterstützen, damit die Stärken des ländlichen Raums hervorgehoben werden.

Das Land ist attraktiv insbesondere für Menschen, für die ein Netz überschaubarer sozialer Strukturen, Immobilien zu eher erschwinglichen Preisen, attraktive Kulturlandschaften im eigenen Wohnumfeld sowie die Verankerung in ihrer Gemeinde wichtig sind. Gleichzeitig ist eine angemessene Grundversorgung für junge Familien genauso wie für ältere, oft allein-stehende Menschen eine wichtige Lebensgrundlage.

Dies verlangt Erhalt und Aufbau wohnortnaher Einrichtungen der Daseinsvorsorge: Bildung und Erziehung, medizinische und soziale Versorgung müssen auf kurzen Wegen erreichbar sein. Die Einrichtungen und Dienstleistungen müssen gleiche qualitative Standards wie in den Ballungsgebieten aufweisen. Eine entsprechende Wirtschaftsstrukturförderung soll wohnortnahe Arbeitsplätze schaffen und erhalten. Auf der anderen Seite sind vielfältige, naturnah genutzte Kulturlandschaften Bestandteil unseres Kultur- und Naturerbes und Voraussetzung für einen umweltfreundlichen Tourismus im Land.

Die Landesregierung versagt seit Jahren auf diesem Gebiet. Verdichtung und Flächenfraß zerstören das Landschaftsbild, das Bauernsterben zerstört die Kultur und das Zusammenleben im Ländlichen Raum. Die Gesundheitsvorsorge ist in den vergangenen Jahren bis über die Schmerzgrenze ausgedünnt worden. Der Landarzt ist eine zunehmend seltene Spezies.

Die wohnortnahe Bildung erfährt mit der Einführung der Werkrealschule gerade einen beispiellosen Kahlschlag, viele kleine Schulen werden geschlossen. Der Öffentliche Personennahverkehr hat in vielen Bereichen des Landes mehr eine Alibi- als eine praktische Funktion. Dies alles in Zeiten einer demografischen Entwicklung, die neue Herausforderungen an den öffentlichen Verkehr und wohnortnahe Gesundheitsvorsorge und Pflege stellt.

Verfehlte oder fehlende Strukturpolitik für den Ländlichen Raum wird durch Wohltätigkeiten im Gießkannensystem kaschiert. Viele Projekte sind wünschenswert, aber ungeeignet, um grundlegende Defizite im Versorgungsangebot, in der Verkehrs- und Wirtschaftsinfrastruktur zu beheben. Der Ländliche Raum braucht nicht mehr Geld, sondern eine gezielte Förderung. Damit kann auch das häufig große bürgerschaftliche Engagement in den Gemeinden unterstützt werden. Vielfältige Aktivitäten von privat organisierten Einkaufsläden bis hin zu kulturellen Angeboten ersetzen weggefallene Infrastruktur und stärken Lebensqualität im Ländlichen Raum.

2. Die Handlungsfelder

2.1 Tourismus, Landwirtschaft und Naturschutz – das magische Dreieck

Attraktive, naturnahe Kulturlandschaften sind immer noch charakteristisch für weite Teile Baden-Württembergs. Äcker und Wiesen, Streuobstwiesen und Weinberge sowie Wälder prägen den größten Teil des Landes. Sie sind zugleich wesentliche Grundlage für den Tourismus, für die biologische Vielfalt und gleichzeitig Produktionsstandort für hochwertige Lebensmittel. Daher müssen Tourismus, Landwirtschaft und Naturschutz quasi als „magisches Dreieck“ „zusammengedacht“ werden.

Überholt ist die Vorstellung, Politik für den Ländlichen Raum sei reine Landwirtschaftspolitik. Die Anzahl der Landwirte ging in den letzten 100 Jahren um weit über 90 % zurück. Exemplarisch seien die Milchbauern genannt: Seit 1960 haben über 30.000 Familienbetriebe allein in Baden-Württemberg ihre Hoftore für immer geschlossen – das sind 85 % der Betriebe. Mit Strukturwandel wird dies verschleiern beschrieben, in Wirklichkeit wird die heimische Landwirtschaft auf dem Altar der Globalisierung geopfert. Jährlich 3 % weniger Landwirte – und die CDU schaut seit Jahrzehnten nicht

nur tatenlos zu, sondern fördert durch ihre Politik diese Entwicklung. Die Landesregierung fördert schwerpunktmäßig die Industrialisierung der Landwirtschaft. Statt bäuerlicher Familienbetriebe werden Großunternehmen unterstützt. Statt benachteiligte Gebiete stärker im Fokus zu haben, werden Stallbauten mit dem Ziel einer weiteren Vergrößerung der Betriebe finanziert. Die auf „Wachsen oder Weichen“ ausgerichtete Agrarpolitik der Landesregierung führt dazu, dass die Landwirte selbst als „vom Aussterben bedrohte Spezies“ anzusehen sind.

Parallel dazu sind die Trends zu Bio- und regionalen Produkten unübersehbar. Die baden-württembergische Agrarpolitik ist dabei kontraproduktiv, denn statt den Bio-Landbau stärker zu fördern und Qualität zum Markenzeichen für unser Land zu machen, zwingt sie die Landwirte in einen weltweiten Preiswettbewerb.

Auch daher ist die Neustrukturierung der Förderpolitik erforderlich: Die Richtlinien für die Vergabe der jährlich rund 180 Mio. Euro im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) sind in Absprache mit Bund und Ländern zu einer umfassenden Gemeinschaftsaufgabe für den Ländlichen Raum weiterzuentwickeln. Die anstehende EU-Agrarreform für den Zeitraum 2014 – 2020 ist für ein Umsteuern in Richtung Umwelt, Tiergerechtigkeit und Gentechnikfreiheit zu nutzen. Arbeitsplätze und nicht die hochindustrialisierte Lebensmittelproduktion sind zukünftig zu fördern.

Ohne Landwirte und Tierhaltung gibt es keine flächendeckende Offenhaltung der Kulturlandschaft. Offene, vielfältige Landschaften mit ihren Streuobstwiesen und Steillagenweinbergen, Wacholderheiden und naturnahen Wäldern sind die Grundlage für viele Tourismusregionen Baden-Württembergs. Der Tourismus wiederum ist mit rund 280.000 Beschäftigten jetzt schon einer der wichtigsten Arbeitgeber in Baden-Württemberg.

Das erfolgreiche Verknüpfen von Naturschutz, Landwirtschaft und Tourismus beim Biosphärengebiet Schwäbische Alb, bei den PLENUM-Gebieten (Projekt des Landes zur Erhaltung und Entwicklung von Natur und Umwelt) sowie bei den Naturparks muss gestärkt werden. Für Regionen ohne touristisches Profil fordern wir besondere Impulse durch das Land.

Eine zukunftsfähige Politik für den Ländlichen Raum muss daher in Baden-Württemberg die Erhaltung möglichst vieler landwirtschaftlicher Betriebe beinhalten. Sie leisten ihren Beitrag für die Vielfalt unserer Kulturlandschaft. Die stärkere Vermarktung eigener regionaler Produkte unterstützt die Landwirte und stellt ein attraktives Angebot auch für die Gäste der Region dar. Die Landesregierung setzt hingegen auf Globalisierung, unterstützt Exportbeihilfen und zerstört damit aktiv die Grundlagen für Landwirtschaft, Tourismus und Naturschutz zugleich – sowohl in Baden-Württemberg als auch in Entwicklungsländern. Baden-Württemberg braucht mehr regionale Wirtschaftskreisläufe anstatt Massenproduktion für den Weltmarkt.

Bio-Landbau stärker fördern

Mehr Umwelt- und Tierschutz in der Landwirtschaft

Für eine gentechnikfreie Landwirtschaft

Landwirtschaftliche Betriebe und damit Vielfalt erhalten

Ausstieg aus agrarstruktureller Flurneuordnung

Nicht zukunftsfähig ist die agrarstrukturelle Flurneuordnung: 60 % der Gelder werden für Asphaltierung und Zerschneidung in Form von Wegebau ausgegeben. Jährlich 30 – 50 Mio. Euro für die Flurneuordnung sind für den Naturschutz kontraproduktiv, für den Tourismus fragwürdig und für die Landwirtschaft weniger hilfreich als die Förderung von Anbau und Vermarktung regionaler und biologischer Produkte.

Nationalpark einrichten

Zukunftsfähig wäre auch in Baden-Württemberg ein Nationalpark nach dem Vorbild des Nationalparks Bayerischer Wald: als touristischer Magnet in einer Region mit früher hoher Arbeitslosigkeit, heute über Europa hinaus renommiertes Vorbild für Natur-Tourismus, Wildnis-Erleben und innovative Besucherlenkung.

2.2 Bildung – Kinder und Schule im Dorf lassen

Kindertagesstätten: Einrichtungen für unsere Kinder – verlässlich, wohnortnah, flächendeckend

Bildung muss gerade auf dem Land mit qualitativ guten Kindertageseinrichtungen und verlässlichen, flächendeckenden, wohnortnahen Angeboten beginnen. Bei Betreuungseinrichtungen für unter dreijährige Kinder (U-3-Betreuung) ist im Ländlichen Raum der Unterschied zwischen Angebot und Nachfrage noch eklatanter als in den Ballungsräumen. Bis Ende 2010 soll entsprechend einer Bund-Länder-Vereinbarung eine U-3-Betreuung für rund ein Drittel der Kinder bereitstehen. Danach soll der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr eingeführt werden. Junge Familien ziehen verstärkt in die Städte. Ein vielfältiges und flexibles Angebot im Bereich der Kinderbetreuung trägt zur Verbesserung der Attraktivität der Wohnstandorte im Ländlichen Raum bei.

Ausbau der Kleinkindbetreuung: kleinere Gruppen, individuellere Betreuung

Wir GRÜNE gehen bei der U-3-Betreuung von einer landesweiten Mindest-Bedarfsquote von einem Drittel schon im Jahr 2012 aus und fordern daher einen schnelleren Ausbau und damit verbunden eine sofortige Betriebskostenbeteiligung des Landes mit einem Drittel. Die Kommunen in Baden-Württemberg brauchen eine bessere Unterstützung beim U-3-Ausbau. Nicht zuletzt, weil sich die Rahmenbedingungen, insbesondere die qualitativen Anforderungen an Kindertageseinrichtungen verändert haben. Individuelle Förderung und eine vertrauensvolle Erziehungspartnerschaft zwischen Erzieher/innen, Eltern und Kindern sind wichtige Ziele in der frühkindlichen Bildung. Deshalb müssen diese verbindlich im Kindergartengesetz verankert werden. Die wohnortnahe **schulische Bildung** muss trotz zurückgehender Geburtenzahlen Ziel der Landespolitik sein. Die neuen Werkrealschulen der Landesregierung gefährden die Schulstandorte in den ländlichen Kommunen. Wer den Ländlichen Raum stärken will, muss die Schule im Dorf lassen. Das Bargel-Gutachten (2010) zeigt, dass das Zulassen integrativer Schulmodelle im Ländlichen Raum, bei denen eine Hauptschule auch Bildungs-

Orientierungsplan im Kindergartengesetz verankern

Die Schule im Dorf lassen

standards auf Realschulniveau anbieten kann, viele derzeit bedrohte Schulstandorte dauerhaft erhalten kann. Das Grüne Konzept der Schule der Zukunft setzt an bei Integration, mehr individueller Betreuung und gemeinsamen Entscheidungen der Schulträger, Eltern und Schüler. Die Gemeinden brauchen Entwicklungsperspektiven für attraktive Bildungsmodelle inklusive des Angebotes von Ganztageschulen, bei denen die Schüler/innen optimal gefördert werden.

Alle Kommunen und Schulen sollten die Möglichkeit erhalten, über die organisatorische und pädagogische Zusammenführung der weiterführenden Schulen selbst zu entscheiden. Denn sie selbst wissen am besten, welche konkreten Lösungen sie vor Ort brauchen. Mehr Autonomie in Schulentwicklungsentscheidungen ist deshalb ebenfalls ein zentraler Baustein Grüner Politik.

Die GRÜNEN fordern: Statt eines von oben verordneten, gigantischen Flurbereinigungsverfahrens, wie es mit der Einführung der Werkrealschule einhergeht, müssen die Schulträger vor Ort die Möglichkeit erhalten, für ihre Orte passende und innovative Schulkonzepte zu entwickeln und umzusetzen, die dafür sorgen, dass es in der Fläche nachhaltig wohnortnahe, attraktive und zukunftsfähige Bildungsangebote gibt.

Mehr Autonomie für Schulträger

Innovative Schulentwicklung von unten

2.3 Medizinische Versorgung und Pflege – drohende Unterversorgung

Eine wohnortnahe medizinische Versorgung und eine flächendeckende Pflegestruktur sind ein entscheidender Faktor für die Lebensqualität auf dem Land. Die demographische Entwicklung und die verlängerte Lebenserwartung führen zu einem steigenden Bedarf an ÄrztInnen, Gesundheits- und Pflegepersonal. Der allgemeine Mangel an Hausärzten und -ärztinnen wirkt sich gerade für den ländlichen Raum besonders nachteilig aus. Bereits heute sind 23 Prozent der Hausärzte in Baden-Württemberg über 60 Jahre alt – zugleich sinkt die Bereitschaft junger Ärzte und Ärztinnen, auf dem Land eine Praxis zu betreiben.

Die GRÜNEN setzen sich daher für ein Zusammenwirken des Landes mit Kommunen und kassenärztlicher Vereinigung (KV) ein, um stärkere Anreize für die Niederlassung insbesondere von Haus-, Kinder- und Frauenärzten in unterversorgten Räumen zu schaffen. Dazu muss zunächst die Attraktivität des Faches „Allgemeinmedizin“ bereits im Studium erhöht werden. Dies kann über (Stiftungs-)Professuren erfolgen. Zudem können Stipendien oder Patenschaftsmodelle für angehende Ärzte Anreize darstellen, um für einen bestimmten Zeitraum in unterversorgten Räumen tätig zu sein. Erforderlich sind neue Formen der vernetzten medizinischen Versorgung.

Hausarztberuf attraktiver gestalten – Anreize für unterversorgte Räume

**Mehr Kompetenzen für
nichtärztliches medizinisches
Praxispersonal**

Medizinische Versorgungszentren (MVZs) können mehrere Ortschaften versorgen. MVZs bzw. KV-Praxen bieten jungen Ärzten zudem die Möglichkeit, sich ohne wirtschaftliches Risiko zu betätigen. Rotationssysteme sind ebenfalls gute Ansätze, um unterversorgte Gebiete zu bedienen. Über Notfallpraxen mit regionalem Bezug kann auch für Hausärzte in kleinen Gemeinden eine geregeltere Arbeitszeit und ein freies Wochenende garantiert und damit die Attraktivität des Landarztberufs gesteigert werden. Bei akutem medizinischem Versorgungsnotstand können in einzelnen Regionen Umsatzgarantien zum Einsatz kommen. Darüber hinaus besteht ein wesentlicher Lösungsansatz für die Gesundheitsversorgung vor allem im ländlichen Raum darin, eine Neuverteilung zwischen den Berufsgruppen vorzunehmen. So ist es sinnvoll, dass besonders qualifizierte Pflegekräfte heilberufliche Tätigkeiten aus dem ärztlichen Aufgabenbereich selbständig übernehmen. Die wohnortnahe Versorgung kann damit auch durch Pflegekräfte (z.B. „Gemeindeschwestern“) sichergestellt werden, die Hausbesuche machen, Prävention betreiben und vor allem eine patientenorientierte, gesprächsintensivere medizinische Betreuung ermöglichen. Die ärztlichen und pflegerischen medizinischen Tätigkeiten müssen dabei sinnvoll aufgeteilt werden. Routinetätigkeiten aus dem bisherigen ärztlichen Alltag wie z.B. die Überprüfung der Extremitäten bei Diabetikern oder die Wundversorgung können akademisch ausgebildete Pflegekräfte übernehmen.

**Kliniken werden zu Gesundheits-
zentren**

Auch der stationäre Bereich wird im ländlichen Raum einen Strukturwandel durchlaufen. Nicht jedes regionale Krankenhaus wird alle Fachabteilungen halten können. Krankenhäuser auf dem Land müssen zu Dienstleistern in einer integrierten Versorgungslandschaft werden: Sie fungieren einerseits als „Portalkliniken“ und überweisen PatientInnen ggf. an spezialisierte Fachkliniken. Sie sollen andererseits auch Zentren sein, die Gesundheitsleistungen einer Region über Sektorengrenzen (ambulant, stationär) hinweg bündeln und vernetzen.

Ausbau der ambulanten Pflege

Eine flächendeckende Pflegeinfrastruktur ist im ländlichen Raum ein wesentliches Kriterium für dessen Attraktivität. Dem allgemeinen Mangel qualifizierter Pflegekräfte ist durch ein Bündel an Maßnahmen entgegenzuwirken (z. B. verbesserte Aus- und Weiterbildung, angemessene Bezahlung, Aufstiegsmöglichkeiten). Gerade im ländlichen Raum geht es darum, dass Menschen auch bei Pflegebedarf in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können und nicht in das nächstgelegene Pflegeheim umziehen müssen. Die GRÜNEN wollen daher mobile Dienste ausbauen, damit Menschen mit Behinderung oder Pflegebedarf, solange dies möglich ist, zu Hause versorgt werden können. Gleichzeitig wollen wir neue Wohnformen fördern, wie z. B. kleine betreute Wohneinheiten im Ort. Das Zusammenwirken von professioneller Pflege und bürgerschaftlichem Engagement, wie es insbesondere in kleinräumigen Einheiten gut funktioniert, muss dabei besonders unterstützt werden.

**Flexible Wohnformen für Menschen
mit Pflegebedarf**

Gesundheitsversorgung und Pflege stellen einen bedeutenden und weiter wachsenden Teil des Dienstleistungssektors dar, der gerade auf dem Land Arbeitsplätze sichert und schafft.

2.4 Wirtschaft und Mittelstand – Netze und Cluster

Die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raums in Baden-Württemberg unterscheidet sich deutlich von Ballungsräumen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sowie das Handwerk sorgen für Wirtschaftskraft, Ausbildungs- und Arbeitsplätze im ländlichen Raum.

Allerdings gibt es ein unterdurchschnittliches Arbeitsplatzangebot, mit der Folge von Pendlerströmen in die angrenzenden Verdichtungsräume – begünstigt durch die klimapolitisch unsinnige Pendlerpauschale. Eine relativ gesehen geringere Dichte an Arbeitsplätzen ist gerade für viele junge Menschen der Grund für Abwanderung. Im Vergleich zum Landesdurchschnitt gibt es im ländlichen Raum weniger Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor, dafür mehr im produzierenden Gewerbe. Die Frauenbeschäftigungsquote ist geringer und Frauen sind stärker von Arbeitslosigkeit betroffen.

Wer die jungen Menschen im Ländlichen Raum halten möchte, muss ihnen auch berufliche Perspektiven bieten. Wohlstand und Lebensqualität lassen sich mit gut bezahlten Arbeitsplätzen mit Zukunftschancen erreichen – entsprechende Arbeitsplätze gibt es jedoch weltweit insbesondere in Städten und im Umfeld von Hochschulen. In Verbindung mit den besseren Angeboten bei der Kinderbetreuung sowie hochwertiger DSL-Verkabelung in größeren Städten darf es nicht wundern, wenn gerade die junge und mobile Bildungsschicht dem ländlichen Raum zunehmend den Rücken kehrt.

Diese generellen Aussagen begründen allerdings nicht die weit verbreitete These vom benachteiligten und strukturschwachen ländlichen Raum. Vielmehr schwimmt der über Jahrhunderte charakteristische Stadt-Land-Gegensatz gerade in Baden-Württemberg zunehmend. Der ländliche Raum ist kein homogener Raumtyp. Zwischen Stadt und Land hat sich z. B. in Oberschwaben oder im Raum Albstadt-Balingen-Hechingen ein urbanisierter Siedlungstyp in Kombination mit industriellen Clustern z. B. der Pharmazie oder der Medizintechnik entwickelt, der mit einer zunehmenden Verstärkung der Landgemeinden einhergeht und dies bei gleichzeitig besonders niedrigen Arbeitslosenquoten.

Die wirtschaftliche Entwicklung in ländlich geprägten Gebieten hat sich mittlerweile stark von der Landwirtschaft entkoppelt. Dies führt dazu, dass die außeragrarisches Wirtschaft die Perspektiven und Lebensqualität der Landwirte entscheidend bestimmt – und nicht umgekehrt. Ländlich bedeutet daher nicht zwangsläufig landwirtschaftlich.

Berufliche Perspektiven bieten

**Standortfaktoren verbessern:
hochwertige DSL-Anschlüsse,
bessere Kinderbetreuung**

Der angeblich strukturschwache ländliche Raum ist oftmals eine Zweckbehauptung, um möglichst viele Fördergelder zu generieren. Statt den ländlichen Raum pauschal als bedürftig und problembehaftet darzustellen, müssen die Chancen und Potenziale der unterschiedlichen ländlichen Räume in geeigneten Entwicklungsstrategien formuliert werden. So sind die ländlichen Räume in Baden-Württemberg mit einer großen Anzahl sehr erfolgreicher, aber kaum öffentlich bekannter „versteckter Weltmarktführer“ prädestiniert, um innovative Wirtschaftsstrategien zur Lösung der großen Fragen unserer Zeit zu entwickeln: die Anpassung und die Bekämpfung des Klimawandels, den Beitrag zur Energiewende durch Ersetzung der fossilen Energie durch nachwachsende Rohstoffe und regenerative Energien.

Energiewende vorantreiben

Die Landesregierung jedoch steht bei der Windkraft und bei der Kraft-Wärme-Kopplung bis heute entgegen ihrer Lippenbekenntnisse auf der Bremse. Es fehlt ein landesweiter Plan zur Standortsuche für Windkraftanlagen. Dieser hat ökonomische Aspekte wie Windhöffigkeit genauso zu berücksichtigen wie ökologische Aspekte. Bestehende und neue Biogasanlagen müssen energieeffizienter werden, deren Wärmenutzung sollte verbindliche Grundlage für die Förderung sein. Die Vergärung anstelle der Kompostierung anfallender Biomassereststoffe ist bevorzugt anzustreben. Die Kreise sollen hierzu flächendeckend die Abholung von Biokompost anbieten.

Genossenschaften fördern

Neue netzwerkartige Formen einer regionalorientierten Wirtschaft können besonders in ländlichen Räumen realisiert werden. Hierzu gehört auch eine offensive Beratung beim Aufbau von Genossenschaften, Zweckverbänden oder Maschinenringen. Wer die Stärken des ländlichen Raums nutzen will, muss den vorherrschenden Begriff von Infrastruktur neu definieren: Zweck von Infrastrukturmaßnahmen muss die Vernetzung, nicht die Verlagerung von Einrichtungen und Unternehmen sein: Netze und Cluster. Statt vor allem Baumaßnahmen und Maschinen zu fördern, muss in Potenziale der Menschen, Netzwerke, Markterschließung investiert werden. So können regionsspezifische Stärken wie beispielsweise im Bereich der Sägewerke, Holzwirtschaft und Papierindustrie in Kombination mit der Anbindung an die Hochschulen des Landes mit neuen Arbeitsplatzpotenzialen wachsen. Gerade im ländlichen Raum kommt der Forstwirtschaft eine bedeutende Rolle zu. Rund ein Drittel der Landesfläche ist Wald. Holz trägt als nachwachsender Rohstoff zum Klimaschutz bei. Notwendig ist ein Waldumbau der ökologische Kriterien berücksichtigt und zum Landschaftsbild und der Artenvielfalt beiträgt.

In Menschen, Netzwerke und Markterschließungen investieren, statt Baumaßnahmen und Maschinen zu fördern

Wichtig ist ein positives Image für die ländlichen Räume, von dem sich junge Menschen angesprochen fühlen. Die Wissenschaftler Richard L. Florida und Reiner Klingholz sprechen hierbei von „Talenten, Technologie und Toleranz“ und dem Ziel „jene kritische Masse an Kreativen (zu sammeln), die aus

Ideen Produkte machen, die mit neuen Technologien neue Jobs schaffen, wodurch wiederum neue Talente angelockt werden“. Treffender lässt es sich kaum ausdrücken, dass Wirtschaft und Ländlicher Raum gemeinsam Zukunft haben.

2.5 Moderne Mobilität – mehr als das eigene Auto

Mobilität im ländlichen Raum ist für viele gerade junge Menschen eine Herausforderung. Ein qualitativ hochwertiger ÖPNV zu erschwinglichen Preisen ist in der Fläche aufwändiger und teurer als im Ballungsraum. In den letzten Jahren wurden zahlreiche regionale Verbindungen „eingespart“ und damit die Verbindung zwischen Stadt und Land erschwert. Die Rahmenbedingungen erfordern eine Neuausrichtung und ein Neudenken beim Thema Mobilität. Mehr zeitlich und räumlich abgestimmte mobile Einrichtungen können eine Lösung sein.

Die Rufbereitschaft von Taxis oder Kleinbussen für jugendliche Discogänger/innen anstelle einer finanziell nicht haltbaren Busverbindung, die „mobile Krankenschwester“ oder die fahrbare Mosterei für die Verarbeitung des eigenen Obstes zu pasteurisiertem Saft sind Beispiele dafür.

Moderne Mobilität heißt auch, Verkehr zu verringern, indem Wissen digital vernetzt und transferiert wird, Heimarbeit am Computer ermöglicht wird und Treffen über digitale Schaltkonferenzen durchgeführt werden.

Wir GRÜNE setzen auf den konsequenten Ausbau der Netzinfrastruktur. Den Zugang zum schnellen Internet verstehen wir als Bestandteil der Daseinsfürsorge. Im Jahr 2009 hatten etwa 70 % der Bevölkerung in Deutschland Zugang zum Internet (76 % der Männer, 62 % der Frauen).

Diese Zugangsquoten sinken allerdings mit steigendem Alter und bei geringerem Einkommen erheblich. Insgesamt betrachtet sind etwa zwei Drittel der Anschlüsse in Deutschland Breitband-Zugänge. Zwar liegen die Zahlen der „Onliner“ für Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern deutlich höher, dennoch werden diese Zahlen im europäischen Vergleich von Ländern wie Island, Finnland, Dänemark und den Niederlanden deutlich übertroffen. Angesichts der technischen Weiterentwicklung sehen wir einen Breitbandzugang als die im Sinne der Daseinsfürsorge angemessene technische Umsetzung des Zugangs zur Internetinfrastruktur an. Daher muss zügig ein Recht auf Breitbandzugang nach schweizerischem und finnischem Vorbild geschaffen werden. Davon profitiert besonders der ländliche Raum.

Eine moderne Mobilitätsstruktur muss sich stärker an den Bedürfnissen der kleineren Gemeinden und deren Bürgerinnen und Bürgern orientieren. Ein starrer Linienverkehr von Bus und Bahn kann den Mobilitätsbedarf nur auf den Hauptachsen abdecken. Bedarfsgerechte und flexible Mobilitätsstrukturen mit erweiterten Car-Sharing-Angeboten sind der Schlüssel für mo-

**Flexible Angebote:
Taxis und Kleinbusse mit Rufbereitschaft**

**Breitbandzugang für alle Menschen
reduziert Verkehr**

**Qualitätsstandards ÖPNV mit
Landkreistag, Städte- und Gemein-
detag**

Mobilität in der Fläche

**S21 behindert modernen
Nahverkehr**

Dorfkerne aufwerten

derne Mobilität. Sie tragen dazu bei, den bisherigen ÖPNV zu ergänzen, in ländlichen Gebieten die Grundversorgung zu sichern und den Rückzug von Dienstleistungen zu verhindern.

Gerade auch an den Randbereichen zwischen Ballungsräumen und ländlichen Räumen sind in die Jahre gekommene Tarifverbände auf zeitgemäße Strukturen zu überprüfen. Mehr ÖPNV mit gleichviel oder weniger Geld ist keine Utopie, sondern oft eine Frage des Verhandlungsgeschickes und des politischen Willens.

Die Benachteiligung der Bevölkerung im Ländlichen Raum durch die mangelnden ÖPNV-Angebote führen zu einer erhöhten individuellen Motorisierung. Wir setzen uns daher für finanzielle Steuerungsinstrumente ein, mit deren Aufkommen auch der ÖPNV im Ländlichen Raum ausgebaut werden kann.

Die Landesregierung hat die Notwendigkeiten im Verkehrssektor nicht erkannt. Basis der Finanzierung des ÖPNV ist bis heute der Transport von Schülern. Wer viele Schüler möglichst weit transportiert, bekommt die höchsten Zuschüsse. Im Zeitalter des demographischen Wandels führt dieses veraltete Konzept zwangsläufig zum Ausbluten des ÖPNV auf dem Land. Die GRÜNEN setzen sich für neue Qualitätsstandards für den ÖPNV ein, die gemeinsam mit Landkreistag, Städte- und Gemeindetag zu entwickeln sind und die die Ziele der besseren Anbindung der Menschen im Ländlichen Raum mit Zielen des Klima-, Natur- und Flächenschutzes verknüpfen. Darüber hinaus blockieren Großprojekte wie Stuttgart 21 die Modernisierung und den Ausbau des Nah- und Regionalverkehrs im Land auf Jahrzehnte hinaus. Schon die Vorarbeiten bei S21 haben die Vertaktung der S-Bahnen und des Regional- und Fernverkehrs erheblich beeinträchtigt. Die für S21 zugesagten 1,2 Milliarden Euro Landesmittel gefährden wichtige Verkehrsprojekte wie die Elektrifizierung der Strecke Ulm-Friedrichshafen-Lindau, den Ausbau der Gäubahn oder der Rheintalbahn.

2.6 Besondere Stärke - Tradition und Kultur für eine lebendige Zukunft

Die GRÜNEN stehen auch für den Ländlichen Raum und für das Dorf als Ort des sozialen Miteinanders. Daher möchten wir die Dorfkerne weiter aufwerten – die alten, autogerechten Lösungen sind nicht zukunftsfähig. Wohl aber Plätze und Gebäude für Kulturangebote, für Feste und für Begegnungen jeder Art. Innenentwicklung vor Außenentwicklung stärkt die Gemeinden und erhält und fördert attraktive Zentren. Diese flächensparende Gemeindeentwicklung sichert eine funktionierende Nahversorgung und gleichzeitig den Schutz des Außenbereichs.

Kultur gibt es nicht nur in der Großstadt. Wir GRÜNE wollen, dass Bewohnerinnen und Bewohner in ländlichen Regionen an Kultur und kultureller

Bildung partizipieren. Kulturelle Vielfalt ist für viele Menschen ein Stück Lebensqualität. Dazu gehören auch Orte für Jugendkultur, denn gerade Jugendeinrichtungen und -angebote haben eine wichtige Funktion für die Teilhabe und Integration Jugendlicher im ländlichen Raum.

Wir brauchen neue Wege und Lösungsmöglichkeiten im Sinne einer „demographischen Gerechtigkeit“. Regionale Kooperationen, neue Partnerschaften und Bündnisse können es schaffen, kreative Potenziale zu nutzen und ein hochwertiges Kulturangebot zu sichern. Generationsübergreifende Projekte, die Entwicklung neuer Modelle, Initiativen und Plattformen bieten Chancen für ein lebendiges und kreatives Kulturangebot und Kulturleben. Auch mobile Angebote wie „Theater auf Rädern“ oder Bücherbusse dienen dem Erhalt eines kulturellen Angebots auf dem Land.

Die GRÜNEN stehen für weltoffene Gemeinden: Orte, in denen man global denkt und lokal handelt, in denen auch regionalspezifische Kultur, Musik und regionale Spezialitäten als Teil des alltäglichen Lebens entwickelt, gelebt und genossen werden. Gemeinden, in denen sich die Menschen wohlfühlen und die sie als ihre Heimat begreifen. Überschaubare Strukturen und Mitgestaltung sind für viele Menschen wichtige Werte und erhöhen die Lebensqualität. Gerade im ländlichen Raum gibt es häufig ein großes ehrenamtliches Engagement, verbunden mit einem aktiven Vereinsleben. Kultur, Sport, soziale Einrichtungen leben von den Menschen, die dies tragen. Eine wichtige Funktion, die es zu fördern gilt: „Sinn kommt vor Gewinn“.

Ein weiteres Beispiel für ehrenamtliches Engagement sind die Aktivitäten für gentechnikfreie Zonen. Landwirte, Kirchen, Verbraucher, Umweltverbände und viele Kommunen ziehen an einem Strang und haben starken Rückhalt in der ganzen Bevölkerung. Die Landesregierung muss endlich von ihrer Verweigerungshaltung herunterkommen und gentechnikfreie Produktion sowie gentechnikfreie Zonen zum Markenzeichen Baden-Württembergs machen.

Die für das ländliche Leben wichtigen Straßen- und Dorffeste sowie die Verwertung und Direktvermarktung von Obst, Milch oder Fleisch werden durch teils überzogene Qualitätsnormen und Hygienevorschriften behindert. Eine Landesinitiative für das Abschaffen aller Handelsklassen bei Obst und Gemüse oder für die Möglichkeit, gekühlte Rohmilch auch vor und nicht nur auf dem Hofgelände verkaufen zu können, wäre ein sinnvoller und den ländlichen Raum stärkender Beitrag zum Abbau von Bürokratie.

Vernetzung zwischen Teilorten, Vernetzung zwischen Kommunen, Vernetzung zwischen unterschiedlichen Akteuren befördern den Gemeinsinn, der für die gewachsenen Strukturen ländlicher Gemeinden charakteristisch und für ihre Zukunft von entscheidender Bedeutung ist.

Ehrenamt stärken

Gentechnikfreie Regionen unterstützen

Direktvermarktung erleichtern, überzogene Qualitätsnormen streichen

3. Fazit

Integrierte Konzepte mit dem Ziel einer besseren Vernetzung sind für den Ländlichen Raum erforderlich. Vernetzung zwischen Stadt und Land, zwischen Mittelstand und Forschung. Hierfür sind alle staatlichen Förderprogramme auf den Prüfstand zu stellen. Exemplarisch hierfür gilt dies für die anstehende Reform der EU-Agrarpolitik für den Zeitraum 2014 – 2020 sowie für die veraltete Bund-Länder Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz. Die GRÜNEN setzen sich für eine umfassende Weiterentwicklung der zahlreichen EU-Förderprogramme und deren Umsetzung im Land sowie für eine „Gemeinschaftsaufgabe Ländlicher Raum“ ein.

Um dem wieder zunehmenden Trend zur Landflucht erfolgreich entgegenzuwirken, bedarf es flächendeckend wohnortnaher Versorgung bei Mobilität, Bildung und Betreuung. Bei zurückgehender Bevölkerung sind hierfür flexible, mobile Angebote in immer mehr Fällen zielführender als starre Strukturen.

Das bedeutet konkret: mehr Entscheidungsmöglichkeiten für die Schulträger vor Ort und Gesundheitszentren mit integrierten Angeboten bei Beratung, Pflege und Betreuung.

Damit gerade die junge flexible Generation ihre Lebensperspektive im Ländlichen Raum finden und verwirklichen kann, sind ausreichend qualifizierte Arbeitsplätze notwendig. Daher brauchen gerade die kleinen und mittleren Unternehmen und das Handwerk unsere Unterstützung.

Die Landesregierung verkennt die Chancen, die in der offensiven Vernetzung zwischen Land- und Forstwirtschaft, Tourismus und Naturschutz liegen. Dies zeigt sich beispielhaft in ihrer Ablehnung eines für Baden-Württemberg längst fälligen Nationalparks. Stattdessen fördert sie nach dem Gießkannenprinzip ohne Fokussierung auf übergeordnete Ziele wie den Klimaschutz und ohne Berücksichtigung der Stärken und Schwächen einzelner ländlicher Räume.

Die Zukunft des Ländlichen Raumes wird stark davon abhängen, ob er ein attraktives Image und attraktive Angebote für junge Familien besitzt. Aufgabe künftiger Landesregierungen wird es sein, hierfür den politischen Rahmen zu schaffen.

Dr. Bernd Murschel unter Mitarbeit von Dr. Markus Rösler